

Andrea Riccardi

## Die ungeheure gesellschaftliche und politische Dynamik Afrikas nach dem Rückzug der Sowjetunion

«Millionen von Menschen werden vielleicht in den nächsten Monaten in Afrika sterben», sagte der Generaldirektor der UNICEF, als er sah, wie der Kontinent im Begriff ist, in eine dramatische Krise zu geraten. Die Bilder vom Tod und vom Hunger am Horn Afrikas in den Jahren 1984-1985 mit um die zwei Millionen Toten blieben im kollektiven Gedächtnis haften. Heute aber schenkt die internationale öffentliche Meinung dem Schicksal und den Nöten des afrikanischen Kontinents vielleicht weniger Aufmerksamkeit. Die Golfkrise hat die ohnehin schon prekäre Situation verwundbarer Wirtschaften noch erschwert, während die Nothilfe an die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten Kräfte absorbiert und die afrikanischen Probleme vergessen läßt. Eine bisweilen nicht unbegründete ungestüme Kritik gegenüber der Zusammenarbeit zwischen Norden und Süden hat den Sinn für die Verantwortung des Westens für den afrikanischen Kontinent geschwächt. Keine Übertreibung: Afrika ist der von der internationalen Gemeinschaft große Vergessene.

Übrigens ist die Stimme Afrikas im internationalen Umfeld, das von so vielen höchst dringlichen Botschaften überflutet wird, äußerst schwach. Afrika besitzt nur ein Prozent der Presse und der Fernsehnetze der Welt, und diese wenigen Massenmedien arbeiten oft unter nicht sehr freien Bedingungen (zwei Drittel der süd-

lich der Sahara gelegenen Länder haben weniger als zehn Presseerzeugnisse zur Verfügung). Auch wenn der Demokratisierungsprozeß, der in verschiedenen Ländern im Gang ist, die nationale Presse gefördert hat, geht die Stimme Afrikas wie auch der größte Teil der Meldungen über Afrika in der großen Flut internationaler Information unter. So droht die Gefahr, daß die afrikanische Krise übersehen und vergessen wird.

Die Krise hat große Ausmaße. Der Kontinent erscheint als geeignetes Terrain zur Entfesselung von Kriegen. Mit dem Ende der Zweipoligkeit USA-UdSSR ist das Umfeld, in dem sich afrikanische Konflikte entwickeln, weniger unter Kontrolle, nicht weniger gefährlich und oft durch verschwommene, weniger ideologische, aber solide, in konkreten Interessen verankerte Zusammenhänge gekennzeichnet. Neben den vielen afrikanischen Konflikten finden sich wenigstens dreizehn Länder mit größeren Kriegen: Angola, Äthiopien, Liberia, Mali, Mauretanien, Moçambique, Uganda, Ruanda, Westsahara, Senegal, Somalia, Sudan, Tschad.

Auf dem Horn von Afrika scheint eine lange Reihe blutiger Konflikte nun auf noch nicht ganz bestimmte neue politische Gleichgewichte hinauszulaufen. In Südafrika zeichnet sich neben der Unabhängigkeit der letzten Kolonie, Namibia, die Lösung des angolanischen Konflikts positiv ab. Die Verhandlungen haben zu einem Abkommen zwischen der Regierung und der UNITA in Richtung eines demokratischen Staates geführt: Ein Konflikt, der stark ideologisch bestimmt und im Rahmen einer regionalen Auseinandersetzung entstanden war, scheint nun in Form einer politischen Konfrontation beigelegt zu werden. Das kann man von Moçambique noch nicht sagen, wo jedoch auch Verhandlungen zwischen Regierung und RENAMO im Gang sind.

Im dramatischen Bild der «dreizehn Kriege Afrikas» und ihrer Umrahmung durch kleinere Konflikte scheint sich etwas zu bewegen. Zweifellos ist der Kontinent nicht mehr das Terrain des Zusammenstoßes der beiden Supermächte. Doch ethnische, regionale und Stammesdivergenzen sowie innere und äußere wirtschaftliche Gründe unterstützen und fördern blutige Konflikte. Die Kriegsgrenze verläuft permanent durch viele afrikanische Länder. Die jungen Generationen wachsen im Krieg auf und gewöhnen sich daran, ihn nicht als eine bloß vorübergehen-

de Episode ihres Lebens zu betrachten. Das ist der Fall im Sudan, der durch die Grenze zwischen der islamischen Mehrheit und der animistischen und christlichen Minderheit durchschnitten wird und in einem unaufhörlichen ethnisch-religiösen Krieg lebt, dessen Beilegung noch nicht abzusehen ist.

Die Kriege Afrikas betreffen zumeist den südlich der Sahara gelegenen Teil Afrikas (mit Ausnahme des Falls der Westsahara). Das arabische oder arabisch sprechende mediterrane Afrika lebt in einer anderen Beziehung zu Europa und zum Mittleren Osten. Es handelt sich um islamische Länder mit einem entwickelten Saatswesen und mit starken Führungsschichten. In dieser Region stellt, wenn auch das Bild der Wirtschaft noch ungewiß ist, die Auseinandersetzung mit dem religiösen Fundamentalismus in bezug auf die politische Stabilität ein großes Problem dar. Vielleicht schwerer als in Ägypten läßt sich in den Maghreb-Ländern heute der Einfluß ermesen, den islamische Bewegungen mit ihrer heftig vertretenen Forderung, den Staat wiederum auf die Grundlage des religiösen Gesetzes zu stellen, auf die Gesellschaft ausüben. Die nächsten Zeiten werden Gelegenheit bieten, diese Bewegungen und die Zustimmung zu ihnen sowie ihren Anteil an der Wählerschaft zu quantifizieren. Nicht Ägypten, sondern Algerien stellt in dieser Phase den Ort des schärfsten politischen Konfliktes dar.

Trotz der verwickelten Verbindungen mit dem übrigen Kontinent sind jedenfalls die politischen Geschehnisse des mediterranen Afrika von den Ländern südlich der Sahara verschieden. In Nordafrika — und das ist kein geringfügiger Unterschied — bestehen solide Staatswesen. Überdies hat Nordafrika infolge seiner Geschichte und relativen Stärke eine bedeutendere Stellung in der internationalen Gesellschaft. Die Krise mit den größten Ausmaßen betrifft hingegen den schwarzen Kontinent. Nachdem schon an die Kriege Afrikas erinnert worden ist, braucht man bloß noch auf die Wirtschaftslage hinzuweisen. Gewiß leiden nicht alle afrikanischen Wirtschaften an der gleichen Schwäche, aber ihr allgemeines Bild ist alles andere als gesund und ermutigend.

Der schwarze Kontinent hat die Rückwirkungen der Golfkrise und der immer wiederkehrenden Rohstoffkrise erlitten. Seine Möglichkeit, Ersparnisse zu bilden, ist auf Null gesunken,

während die afrikanischen Exporte dem Volumen und Wert nach stark abgenommen haben. Wenn die finanziellen Mittel nicht zu privaten Zwecken verbraucht werden (das Dreierabkommen nimmt an, daß die Kapitalflucht ein Drittel der öffentlichen Schuld ausmacht), werden sie oft wenig vernünftig eingesetzt, manchmal für Bauwerke, die von geringem allgemeinem Nutzen sind, oder zu militärischen Zwecken. Und das ist ein politisches Problem, ein Problem der führenden Schichten.

Die Klischeevorstellung, die man sich um die Jahrhundertmitte von Afrika machte, war die des Rohstoffbesitzers: Denken wir an die Baumwolle Ägyptens, an das Phosphat Marokkos, an den Kaffee, den Kakao, die Erdnüsse Westafrikas, an die Minen, das Gold, die Diamanten, das Uran . . . Die große afrikanische Schatzkammer war es, die der entwickelte Norden zu benötigen schien. Aber der afrikanische Schatz hat, vor allem in den achtziger Jahren, viel von seinem Wert eingebüßt. Die europäischen Wirtschaften finden schon seit einiger Zeit Ersatz für Rohstoffe, die bis gestern als unentbehrlich galten, oder suchen anderswo nach den benötigten Rohstoffen. Die Preise für die afrikanischen «Schätze» werden im Ausland gemacht, und nach Berechnungen beträgt der Anteil des südlich der Sahara gelegenen Afrika am Welthandel bloß 1,3%. Der Mythos der afrikanischen Naturschätze ist heute der Feststellung gewichen, daß die afrikanischen Wirtschaften im internationalen Umfeld sehr schwach sind: «Im Spielkasino der Rohstoffe», hat Fottorino in «Le Monde» geschrieben, »hat Afrika verloren. Seine Schuld ist für viele eine Spielschuld.»

Die Interventionen des IWF und der Weltbank zwingen den nationalen Wirtschaften drückende Maßnahmen zur Wiederherstellung des Gleichgewichts auf. Deren positive Effekte sind jedoch kurzfristig nicht auszumachen, während man die Opfer, die man zu bringen hat, verspürt. Das Afrika südlich der Sahara überlebt oft dank humanitärer Zuschüsse, politisch-diplomatischer Hilfeleistungen zur demokratischen Entwicklung und manchmal dank eines «guten Votums» in der UNO. Die demokratischen Veränderungen haben, z.B. in Benin, der Elfenbeinküste, Gabun die Funktion der staatlichen und halbstaatlichen Verwaltungen, welche die Wirtschaft oft lähmen, in Frage gestellt. In Kamerun sind die Personalbestände der öffentlichen Dien-

ste in zehn Jahren, von 1971–1981, von 51.340 auf 101.194 angeschwollen.

Doch der Prozeß der Umbildung der Wirtschaft ist dermaßen schwierig, daß sich nicht denken läßt, daß Afrika ihn im Alleingang schaffen wird. Man muß eine neue Kultur der internationalen Solidarität entwickeln und eine Aktion unternehmen, die in die heikelsten Sektoren eingreift. Die zweite Konferenz der unterentwickelten Staaten, die im Oktober 1990 in Paris stattgefunden hat, hat daran erinnert, daß die 41 betreffenden Staaten (davon 28 afrikanische) mit kaum 1,1% am Welthandel beteiligt sind. Man hat die vielleicht ein wenig simplifizierende Idee eines «Marshallplanes» für Afrika lanciert, der auch für Europa notwendig ist, wenn man verhüten will, daß ihm die Folgen einer kontinentalen Krise aufgebürdet werden, wie man das am Auswanderungsproblem sieht. Ende 1990 ist in Lagos auf der Weltkonferenz für die Wiedergutmachung an Afrika und an den Afrikanern der Diaspora die Idee vorgebracht worden, daß Europa und die beiden Amerika dem schwarzen Kontinent eine Wiedergutmachung für die «lange Nacht des Menschenhandels» schulden, wie der Premierminister von Benin das ausgedrückt hat.

Es handelt sich um gewichtige Ideen, die darauf abzielen, eine internationale Kultur der Solidarität mit Afrika anzubahnen, das sich heute weitgehend in einer Krise befindet, während die Aufmerksamkeit des Westens sich auf den Osten verlagert und man sich der ehemals kommunistischen Welt stärker verbunden fühlt. Der Wandel, der in den afrikanischen Ländern einsetzt, verdient nicht weniger Beachtung als die osteuropäischen Länder. Dennoch erhält er in den Medien nur kargen Raum und zieht die öffentliche Meinung nicht so sehr in Bann, wie das «Jahr 1989».

Das Afrika der Kriege, der Wirtschaftskrise, der sprichwörtlichen Instabilität der politischen Macht (1963–1982 gab es 37 militärische Staatsstriche!) ist ein Kontinent, der eine tiefgreifende Entwicklung durchmacht. Man braucht nur die Ereignisse in Südafrika anzuführen, die Krise der Apartheid, die auf ein positives Ende eines rassistischen Systems hoffen läßt, aus dem kein Ausweg abzusehen war. Es ist eine umfassende Evolution des afrikanischen Staates im Gang. Die Einheitspartei war, nach mehr oder weniger kurzen Zwischenzeiten des Mehrparteiensystems, zum allgemein herrschenden Regierungssystem,

zur Klammer zwischen Staat und Gesellschaft geworden. Oft identifizierte sich die Partei mit dem Parteiführer.

Diese politische Situation wurde auf verschiedenste Weise theoretisch gerechtfertigt. Die einen betonten die Eigenart der afrikanischen Gesellschaft und die Unverträglichkeit eines Mehrparteiensystems mit der herkömmlichen Machtvorstellung. Die Einheitspartei legitimierte sich hingegen auf der Grundlage einer marxistisch-leninistischen ideologischen Option, welche die afrikanischen Einheitsparteiensysteme den marxistischen Ländern annäherten. Die Krise der sozialistischen Regime und der «Gorbatschow-Effekt» sind in den afrikanischen Regierungen zu verspüren und decken manchmal Machtstrukturen à la Ceauşescu auf.

Der Marxismus-Leninismus hatte in Afrika nicht nur wegen des sowjetischen Einflusses (oft handelte es sich um mit der UdSSR verbündete Länder) Erfolg, sondern auch deswegen, weil diese Ideologie die im Entstehen begriffenen afrikanischen Staaten festigte. Bei der Schaffung des Staates haben die ideologischen Faktoren eine entscheidende Rolle gespielt, indem sie eine autoritäre Zentralmacht, eine zentralisierte Planwirtschaft motivierten und den revolutionären Charakter der nationalen politischen Geschehnisse hervorhoben. Zudem kam der Marxismus-Leninismus nicht von den alten ehemaligen Kolonialmächten her. Die Ideologiekrise wirft heute für die führenden Schichten schwerwiegende Probleme auf.

Die Entwicklung im Regierungssystem ist in den letzten Jahren sehr rasch vor sich gegangen, auch wenn sie nicht eine den Ereignissen selbst entsprechende Beachtung gefunden hat. Noch vor einem Jahr hatten bloß fünf der sechszwanzig Länder von Schwarz-Afrika ein demokratisches System: Gambia, Senegal, Botswana, Mauritius und Namibia (der Staat, der als letzter die Unabhängigkeit erhielt). Länder, die dem internationalen und inneren Profil nach so unterschiedlich sind wie das Kenia von Arap Moi und das Simbabwe von Mugabe schienen aus verschiedenen Gründen im Einparteiensystem verankert. Das Mehrparteiensystem und die Demokratie haben sich schließlich unter dem Impuls der inneren öffentlichen Meinung, der Guerillabewegungen und unter dem Druck nichtafrikanischer Länder in fast allen afrikanischen Staaten — als Problem — aufgezwungen.

Exemplarisch war, daß Benin nach einem siebenjährigen Militärregime in einer wichtigen Übergangsperiode, in der die Kirche auch ihre Rolle spielte, von einem System marxistisch-leninistischer Diktatur zu freien Wahlen überging. Dieser Fall hat weitere afrikanische Staaten auf den Weg der Demokratisierung gedrängt. In Cap Verde ist zum ersten Mal in Afrika in freien Präsidentschaftswahlen kraft des Wählerwillens ein Vertreter der Opposition zur Macht gelangt. Die Führer des kleinen Archipels von São Tomé und Príncipe haben aus der Erfahrung eine Lehre gezogen und sich nach fünfzehn Jahren Herrschaft nach einem weitgehend kubanischen und ostdeutschen Muster nicht zur Wahl gestellt. In Moçambique hat die Regierung Verhandlungen mit der RENAMO, der bewaffneten Oppositionsbewegung, aufgenommen und mittlerweile einen Demokratisierungsprozeß des Landes eingeleitet.

Wir können hier nicht der verworrenen und langsamen Entwicklung der verschiedenen afrikanischen Länder nachgehen. Die Elfenbeinküste, ein Musterland der französischen Kolonialregierung, mit dem Präsidenten Houphouët-Boigny an der Spitze, das sich in voller Wirtschaftskrise befindet, hat sich nach einer langen Phase von Unruhen für das Mehrparteiensystem entschieden. Ebenfalls demokratische Wahlen sind binnen Jahresfrist in Kamerun vorgesehen; auch hier unter dem Druck des Volkes und der Studenten. Auch Gabun und der Kongo folgen dieser Linie. Madagaskar hat eine freie Presse und zu einem pluralistischen System zurückgefunden, während sich eine starke Oppositionsbewegung entwickelt, die, auf die Zustimmung ganzer Massen gestützt, in einer scharfen, bis jetzt friedlich verlaufenden Konfrontation mit der Regierung steht.

Im westlichen Zentralafrika scheinen Ghana, Äquatorialguinea, Mauretanien und die Zentralafrikanische Republik den Vorstößen für den Pluralismus widerstanden zu haben. In Mauretanien hat man für Saddam Hussein demonstriert, der in das Land viel investiert hatte. Der Präsident von Ghana hat erklärt: «Die Idee einer Zivilregierung... ist ein koloniales Erbe.» Burundi und Ruanda (wo binnen Jahresfrist freie Wahlen vorgesehen sind) werden von gewalttätigen Ausbrüchen ethnischer Rivalitäten erfaßt. In Tansania geht man der wirtschaftlichen, aber noch nicht der politischen

Befreiung entgegen. Für 1992 sind im Niger Wahlen vorgesehen; für Oktober 1991 stehen in Sambia Konsultationen auf der Tagesordnung. Die Militärregime von Nigeria, Guinea und Lesotho schicken sich an, zu einer Zivilregierung überzugehen.

Bis vor noch nicht langer Zeit schien die Situation in Zaïre stabil zu sein. Dort hatte Mobutu in dreiundzwanzig Jahren der Alleinherrschaft seine Autorität auf die Einheitspartei gestützt, der alle von Geburt an angehörten, und auf eine Bewegung afrikanischer «Authentizität», die dem Regime die ideologische Grundlage lieferte. Nun aber scheint das Land, wenn auch in gewissen Grenzen, auf dem Weg zum Mehrparteiensystem zu sein. Auch in Sambia, wo die Alleinherrschaft einer Partei auf soliden Füßen zu stehen schien, wird die Situation in Frage gestellt. In Simbabwe gründete sich die Regierung auf einen in freien Wahlen realisierten demokratischen Prozeß, bei dem es zum Zusammenstoß und zur Umgruppierung verschiedener geschichtlicher Kräfte gekommen war. Nach und nach neigte Mugabe zu einem Einparteiensystem, das ihm der Natur und Entwicklung des Landes mehr zu entsprechen schien. Heute aber gibt es Anzeichen dafür, daß dieser Weg in Frage gestellt wird.

Das keineswegs vollständige, trockene und summarische Verzeichnis der Veränderungen läßt die je verschiedene Natur der Demokratisierungsprozesse, die sich in mehreren afrikanischen Ländern abspielten, und ihre unterschiedliche Motivierung nicht deutlich hervortreten. Nicht für alle läßt sich ein positiver Ausgang vorhersehen, aber das Phänomen ist überdeutlich. Zweifellos hat das europäische «1989» einen tiefgreifenden Einfluß ausgeübt. Es ist ein Antrieb, der von fern her kommt, aus der Krise ideologischer Modelle und der politischen Struktur. Überdies will man sich in den Beziehungen zum Westen ein neues Gesicht geben. Vor allem aber läßt sich das schleichende Unbehagen nicht übersehen, das gegenüber der Führung des Staates und der Staatsgeschäfte in vielen afrikanischen Ländern besteht. Die Korruption, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Zerrüttung des städtischen Zusammenlebens, die Verquickung von Staat und Partei, von öffentlich und privat treiben zur Suche nach neuen Staatsformen an. Der große Impuls zur Veränderung kommt aus dem Innern der afrikanischen Gesellschaften.

Für den Aufbau des Staates stellen die ethnischen Einheiten und die verschiedenen Religionsgruppen Probleme dar. In Nigeria z. B., das auf dem Weg zur Demokratisierung ist, hat ein Putschversuch den Konflikt zwischen den Völkern des Nordens und denen des Südens, zwischen Christen und Muslimen von neuem zutage gefördert. Die afrikanischen Staaten sind zum großen Teil nicht homogen, auch nicht in bezug auf die Religion. Auch diese Eigenart stellt für die staatliche Einheit ein ernstes Problem dar.

In Somalia, auf den Komoren, in Mauretanien ist der Islam absolut dominierend. In anderen Ländern wohnen die Muslime, welche die Mehrheit bilden, mit der christlichen Minderheit zusammen; so in Senegal (90% Muslime), Mali (75%), Guinea (70%), Niger (88%). Der Katholizismus dominiert in Ruanda (56%), Burundi (79%), Zaïre (48%), Angola (69%), Äquatorialguinea (72%),; der Protestantismus in Südafrika (46%). Das übrige Schwarz-Afrika hat eine animistische Dominante (die sich nicht leicht in Zahlen fassen läßt) und ansehnliche unterschiedlich große christliche und muslimische Bevölkerungsteile. Das gigantische Nigeria mit um die 117 Millionen Einwohnern weist eine leichte muslimische Mehrheit auf. Der Sudan, wo die Muslime überwiegen (73%), hat einen christlichen und animistischen Süden, der die Auferlegung des islamischen Gesetzes zurückweist.

Abgesehen von vier islamischen konfessionellen Staaten sind die Länder zumeist bekenntnislos. Die Beziehung zwischen den Regierungen und den religiösen Bekenntnissen hat sich jedoch nicht immer problemlos entwickelt, sei es wegen der Schwäche des Staates und wegen seines Willens, sich der Gesellschaft aufzuzwingen, sei es wegen der Stärke der konfessionellen Organisationen mit ihren Institutionen. Einige afrikanische Länder haben eine die Kirchen benachteiligende Politik betrieben, die heute weitgehend revidiert erscheint. Im Fall von Benin ist sogar ein katholischer Bischof dazu berufen worden, der Nationalversammlung vorzustehen und den Übergang zu gewährleisten. Gabun ist diesem Beispiel gefolgt, während anderswo, wie in Mosambique, Männer der Kirche zu Friedensbemühungen zugezogen wurden.

In Gesellschaften, die darauf angewiesen sind, an alle inneren und internationalen Hilfskräfte zu appellieren, stellt der Aufbau eines nicht an ein bestimmtes Bekenntnis gebundenen Staates

mit verschiedenen Religionen ein großes Problem dar. . . Natürlich ist im arabisch sprechenden mediterranen Afrika das Problem ganz anders geartet. Hier ist die christliche Präsenz äußerst klein, oft aus nicht einheimischen Elementen zusammengesetzt, die man im «Dar-al-Islam» bloß als Gäste ansieht. Die einzige bedeutsame Ausnahme ist Ägypten, wo die koptische Minderheit des Patriarchats von Alexandrien eine ansehnliche und bodenständige christliche Präsenz darstellt, die sich gegen die Islamisierung des Staates nach Kräften wehrt.

Die Veränderungen in Afrika sind viel tiefer, als die internationale öffentliche Meinung wahrgenommen hat. Natürlich haben die Medien dem Wandel in Südafrika höchste Beachtung geschenkt. Auch hier ist die Lösung angesichts von achttausend Toten, die in vier Jahren interethnischen Konflikten zum Opfer gefallen sind, keineswegs erreicht. Der ANC baut sich zu einer Partei aus, aber das politische Spiel ist sehr verwickelt. Der Aufbau eines neuen Südafrika mit fünfunddreißig Millionen (achtzig Prozent schwarzen und vierzehn Prozent weißen) Einwohnern erweist sich als sehr schwierig und noch mühsamer als der Abbau der Apartheid. Das Ende der Isolierung des Landes ruft die Regierung und die südafrikanischen Unternehmer in eine kontinentale Wirtschaft zurück, welche Hilfe und Investitionen benötigt. Südafrika exportiert zweiunddreißig Prozent seiner Industriegüter in die Länder des Kontinents und hat nunmehr Handelsbeziehungen zu allen afrikanischen Staaten. Die kontinentale Wirtschaftskrise beruft Südafrika dazu, eine größere Rolle zu spielen, während dieses Land sich unter sehr schwierigen Bedingungen politisch neu aufbauen muß.

Die Afrikaner leisten in dieser Phase trotz des niedrigen Niveaus der Informationskreisläufe und Kulturzentren eine gewaltige Veränderungsarbeit. Die Ideen zirkulieren in lebhaftem Verlangen nach Neuem und nach Veränderung. Doch der strukturelle Rahmen bleibt sehr schwerfällig. In zwanzig Jahren wird die Bevölkerung Afrikas voraussichtlich eine Milliarde betragen, und es wird ein dramatisch großes Nahrungsdefizit geben. Wahrscheinlich — und das ist ein weiteres Anzeichen für die Zerrüttung — wird sich die Verbreitung von AIDS auf das Bevölkerungswachstum negativ auswirken; ja man kann sich vorstellen, daß in einigen Ländern die Bevölkerung deswegen abnehmen wird.

Die internationale AIDS-Konferenz, die vor einem Jahr in Kinshasa stattgefunden hat, mußte zwangsläufig auf die Schwere der Gefahr hinweisen, die in den darauf folgenden Monaten bestätigt wurde. Die Weltgesundheitsorganisation schätzt, daß Afrika ungefähr fünf Millionen mit Aids angesteckt sind und daß es bis 1992 doppelt so viele sein werden. Man rechnet damit, daß zwischen 1,8% und 10% der Bevölkerung der Großstädte Zentral- und Ostafrikas mit Aids infiziert sind.

Zu dieser afrikanischen «Geißel» kommt noch die hohe Flüchtlingsziffer hinzu, die dem Kontinent einen weiteren traurigen Rekord beschert: den, ein weltweiter Flüchtlingsproduzent zu sein. Moçambique hat anderthalb Millionen Flüchtlinge exportiert, Liberia 550 000. Auf dem Horn von Afrika zählt man mehr als dreieinhalb Millionen Flüchtlinge. Aus Burundi sind 200 000 Menschen geflüchtet, aus Angola 310 000. Afrika ist der größte Flüchtlingsproduzent der Welt.

Es stimmt nachdenklich, wenn man der Zukunft des Kontinents entgegenblickt, der heute — und das ist erst seit zehn Jahren so — zu einem Zentrum der Drogenproduktion und des Drogenhandels zu werden beginnt. Die Anpflanzung einiger Drogen gewinnt heute an Boden gegenüber dem Anbau von Kakao, Kaffee, Baumwolle und so weiter. Das Phänomen droht zu einer Massenvergiftung der landflüchtigen, in die Stadt abgewanderten Bevölkerung zu führen, die nicht mehr durch Stammes- und Familienbande zusammengehalten wird. Die Verbreitung der verschiedensten Drogenarten wird dadurch erleichtert, daß der Sinn für den Selbstschutz fehlt. Eine Agrarrevolution der Droge zerrüttet ganze afrikanische Regionen, greift das Leben ihrer Bewohner an und macht sie im Welthandel zu einem neuralgischen Punkt.

Die Umwälzung der herkömmlichen Lebenswelten, die in den letzten dreißig Jahren vor sich gegangen ist, ist durch einen stark beschleunigten Verstärkerprozess zustande gekommen, wie das in der Dritten Welt oft der Fall ist. Dieses Phänomen hat örtliche Wirtschaftssysteme, das Clan- und Stammesbewußtsein erschüttert, indem es gleichsam ein afrikanisches «Individuum» schuf, das in einem ganz neuen Kontext denkt und lebt, der anthropologisch dem seiner jüngsten Vergangenheit und seiner Familie sehr fern steht. In Zaïre, Ghana, Elfenbeinküste, Kamerun, Liberia, Senegal und

Somalia leben 25%–30% der Bevölkerung in Großstädten.

Als Sinnbild der Modernität bringt die afrikanische Großstadt in hohem Grad den Widerspruch innerhalb der Gesellschaft zum Ausdruck: Sie lockt verschiedene Bevölkerungsteile und Kräfte an, integriert sie aber nicht; sie setzt ihnen Modelle eines wohlhabenden Lebens vor, die aber für die meisten unerschwinglich sind. Oft ist die Hauptstadt, der Stolz des Landes, für die Bevölkerung des Landesinnern eine Fata Morgana. In der afrikanischen Stadt ist das Leben für die meisten Menschen nicht leicht; noch problematischer aber wird die administrative Bewältigung einer aus den traditionellen Kontexten in die Stadt abgewanderten Masse.

Auch im Blick auf diese Probleme stellt sich wiederum die Frage nach dem Staat und seiner Beziehung zur Gesellschaft. Doch was kann ein afrikanischer Staat angesichts solcher «Naturkatastrophen» tun? Was vermag er gegenüber den multinationalen Interessen? Diesem afrikanischen Staat ist es nur im Rahmen der internationalen Hilfe möglich, sich zu behaupten. Von den sechziger Jahren an hat Afrika die große Zeit der nationalen Unabhängigkeit erlebt und deren innere und äußere Grenzen entdeckt. Angesichts der dramatischen Situation, aber auch der Energien, die sich trotz allem in Bewegung gesetzt haben, geht es darum, den Sinn der von der internationalen Zusammenarbeit gestützten nationalen Unabhängigkeit neu zu überdenken. Vielleicht ist nun jedoch, vor allem für die westliche Welt, die Stunde gekommen, die Interdependenz von Afrika gründlicher zu entdecken. Eine alte geschichtliche Schuld — man denke bloß an den Sklavenhandel — verpflichtet die nicht-afrikanischen Welten, von neuem die Solidarität mit diesem Kontinent wahrzunehmen und zu praktizieren, da trotz allem ein starker Antrieb zur Veränderung vorhanden ist.

Aus dem Italienischen übersetzt von Dr. August Berz

#### ANDREA RICCARDI

1950 in Rom geboren, wo er an der Universität «La Sapienza» Geschichte des Christentums doziert. Er befaßt sich insbesondere mit der heutigen Geschichte der Kirche. Er veröffentlichte u. a.: *Il potere del papa da Pio XII a Paolo VI* (Rom-Bari 1985); *Il Vaticano e il Cremlino* (1992). Er ist als Präsident der Comunità di S. Egidio einer der vier Vermittler in den Friedensverhandlungen zwischen der Regierung von Moçambique und der RENAMO. Anschrift: Piazza S. Maria in Trastevere, 21, 00153 Roma, Italien.